

Rerik streitet über Sinn des neuen B-Planes

Kritiker werfen Kommune Gefälligkeitsplanung vor, weil nördlich der Schillerstraße nur in 44 Häusern Vermieten erlaubt werden soll

Von Rolf Barkhorn

Rerik. Eigentlich sollte die Versammlung, zu der die Reriker Kurverwaltung die touristischen Gastgeber des Ostseebades am Freitag in die Kösterschün eingeladen hatte, dem Austausch von Informationen zum Saisonauftakt dienen. Aberschon nach kurzer Zeit wurde heftig über die bekannte Problematik von Ferienwohnungen in Wohngebieten debattiert.

Auslöser waren Ausführungen von Planer Ronald Mahnel zum aktuellen Stand der Planung für das neue Bebauungsgebiet Nr. 2, nördlich der Schillerstraße. Dort will die Reriker Stadtvertretung ein eingegrenztes kompaktes Gebiet mit 44 Wohnhäusern zum touristischen Sondergebiet erklären. Hier sei das Vermieten möglich, weil keine Nachbarn gestört würden, so Mahnel. Die Planung steht kurz vor dem Finale. Per Abwägungs- und Satzungsbeschluss könnte das Kapitel bald abgeschlossen werden.

„Eine Lösung, mit der gewiss nicht alle Wünsche erfüllt werden, aber wenigstens für dieses Gebiet gibt es in der Stadtvertretung den nötigen Konsenz“, betont Mahnel.

Reinhard Marx von der Bürgerinitiative „Pro Ostseebad Rerik“ warf ein: „Wenn das so bleibt, werden wir dagegen klagen. Sie begünstigen einen Teil der Hauseigentümer, während andere leer ausgehen und nicht vermieten dürfen.“

Reriks Bürgermeister Wolfgang Gulbis (SPD) entgegnete dem Hamburger, dass eine Ausdehnung des Sondergebietes oder ei-

ne andere Form der nachträglichen Genehmigung von Ferienquartieren in benachbarten Bereichen rechtlich nicht möglich sei. Die Bau-nutzungsverordnung erlaube nicht, dass in Wohngebieten an Urlauber vermietet werde. „Da hilft es uns auch nicht, über eine baldige Änderung dieser Verordnung zu spekulieren. Nur weil ein Bundestagsabgeordneter mal irgendwas äußert, ändert sich noch kein Gesetz“, spielte Gulbis offensichtlich auf einen Vorstoß seines Parteigenossen Frank Junge (MdB) zur Problematik im Tourismusausschuss des Bundestages (OZ berichtete) an.

Auch Mahnel meinte: „Wir wissen nicht, ob und wann der Gesetzgeber tatsächlich Änderungen am Gesetz vornimmt und welcher Spielraum sich dadurch für Rerik als planende Kommune ergibt. Das kann alles noch Jahre dauern.“

Bürgermeister Gulbis stellte aber in Aussicht, dass die Stadtvertretung bei einer Änderung der Rechtslage auch jene Gebiete, in denen dauerhaftes Wohnen und Ferienhäuser vermischt sind, nochmal planerisch anpacken würde.

Doch auch dagegen meldete sich jemand zu Wort. „Ich habe ein Haus in dem ich wohne und wenn Sie Häuser nebenan zum Ferienquartier erklären, verliert mein Grundstück an Wert. Dann klage ich dagegen“, warf ein älterer Reriker in die Runde.

Im Verlauf der Debatte

●● Ich bezweifle langsam, ob es Sinn macht, die Planung fortzusetzen.“

Wolfgang Gulbis, Bürgermeister Rerik

war Gulbis so verärgert, dass er meinte: „Wir nehmen das Geld unserer Bürger, um in einem kleinen Gebiet der Stadt für Rechtssicherheit zu sorgen und werden am Ende dafür noch angefeindet. Ich bezweifle langsam, ob es Sinn macht, die Planungen hierzu überhaupt noch fortzusetzen.“

Mit der Planung vergesellschaftete Rerik eigentlich ein privates Problem mit Geld, das dringend für andere wichtige Dinge benötigt würde. „Das hier bezahlen die Bürger in den Ortsteilen Blengow und Roggow mit, die mit all dem gar nichts zu tun haben“, so Gulbis.

Aus der Bürgerinitiative kam der Vorschlag, noch einmal mit dem Landkreis über ein Stillhalteabkommen zu verhandeln. Gulbis, der anfangs dazu noch meinte, dass in dieser Frage kein „Deal mit dem Landkreis hinzukriegen“ sei, will bei der zuständigen Behörde nun aber nochmal nachhaken, ob es womöglich sinnvoller und im Interesse aller ist, die schon fortgeschrittenen Pläne für das Sondergebiet vorerst auf Eis zu legen. Denn solange die Planung nicht abgeschlossen ist – so die Hoffnung – bleiben Hauseigentümer vielleicht von Nutzungsuntersagungen oder Bußgeldbescheiden verschont.

Ferienhaus-Sondergebiet

Der **Satzungsentwurf** des Bebauungsplanes Plan Nr. 2 „Schillerstraße“ weist ein kompaktes Gebiet entlang der Ostseeallee und des Sanddornweges mit 44 Hausgrundstücken als „Ferienhaus-Sondergebiet“ aus. In dem Gebiet dominiert die Ferienhaus-Nutzung. Ständiges Wohnen im großen Stil ist dort nicht vorgesehen.

